

Unsere Agenda für Deutschland:
POLITIK FÜR DIE BÜRGERLICHE MITTE.
POLITIK FÜR DEUTSCHLAND. POLITIK FÜR MORGEN.

Erklärung der Präsidien von CDU und CSU
München, 30. Juni 2023

Unsere Agenda für Deutschland:

Politik für die bürgerliche Mitte. Politik für Deutschland. Politik für morgen.

Jede Zeit hat ihre Herausforderungen. Aber noch nie waren es so viele auf einmal. Alte Gewissheiten und Sicherheiten schwinden, neue Herausforderungen stellen sich mit aller Härte. Für viele Menschen in Deutschland sind es zu viele Veränderungen auf einmal. Viele machen sich Sorgen um das Land, um ihre Heimat und um ihr Zuhause. Die Bundesregierung verschärft diese Sorgen, statt sie zu nehmen – mit immer neuen Auflagen und Belastungen, mit Verboten und Bevormundung, mit ideologischer Gesellschaftspolitik statt einer Politik für die Gesellschaft, mit Streit in der Ampel statt Stabilität für Deutschland.

Wir Unionsparteien nehmen diese Sorgen unserer Bürgerinnen und Bürger ernst und arbeiten mit aller Kraft und auf allen Ebenen dafür, den Menschen neues Vertrauen und neue Zuversicht zu geben. Wir wollen das, was vor uns liegt, mit den Menschen gestalten und nicht gegen sie. Wir wollen alle mitnehmen und tragen dafür Sorge, dass diese Zeit uns nicht auseinanderbringt, sondern zusammenführt. Wir stehen dafür, politische Projekte durch Beteiligung zum Erfolg zu führen. Wir wollen mehr Debatte und weniger Diktat. Wir arbeiten für einen neuen gesellschaftlichen Konsens, der sicherstellt, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger mit ihren Meinungen und ihren Einstellungen in der Politik und in den Diskursen der Mitte wiederfinden. **Wir stehen für Sicherheit im Wandel.**

CDU und CSU haben oft bewiesen, dass sie das Land auch durch schwere Zeiten sicher und gut führen. Wir tun dies aus der Mitte der Gesellschaft heraus und wir glauben an die Leistungsfähigkeit der Menschen in unserem Land. Lebensleistungen, Arbeitsleistung, Erziehungsleistung, Integrationsleistung und unternehmerische Leistung erkennen wir an und fördern wir. Wir haben Respekt vor diesen unterschiedlichen Lebensleistungen, Lebensentwürfen und Ansichten. Wir stehen für ein Deutschland, in dem die Menschen frei und ohne Bevormundung leben können, in dem den Schwachen geholfen wird, in dem Land und Städte lebenswert sind, in dem Klimaschutz mit den Menschen gedacht und gemacht wird, in dem Kinder gute Zukunftschancen haben und Rentnerinnen und Rentner sicher ihren wohlverdienten Lebensabend verbringen können.

10 Punkte für Deutschland

Wir benennen drängende Themen und verbinden sie zugleich mit klaren Lösungsvorschlägen. Wir erneuern damit unseren bürgerlichen Alleinvertretungsanspruch: Die Union steht für Kurs statt Chaos, für bürgernahe Realpolitik statt ideologischer Moralpolitik!

- 1. Entlastungsoffensive für die Mittelschicht:** Wir spüren die Zurückhaltung im Konsum, die Sorge um die Alterseinkommen und die Ängste einer bedrohten Mittelschicht. Deshalb brauchen wir jetzt eine breite Steuer- und Abgabentlastung für Gering- und Normalverdiener. Eine Lohn-Preis-Spirale ist Gift für Deutschlands Produktivität und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Zudem brauchen wir finanzielle Anreize für Mehrarbeit, etwa durch die Steuerfreiheit für Überstunden oder eine Aktiv-Rente: mehr Leistung muss sich mehr lohnen. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, jetzt für Entlastung zu sorgen.
- 2. Eigentumssicherheit fürs Elternhaus und steuerliche Anreize fürs erste Eigenheim:** Wir haben als Union den Traum vom Eigenheim immer unterstützt. Heute müssen wir das Ziel von Eigentum für alle verteidigen. Wir sind überzeugt: Das eigene Dach über dem Kopf ist noch immer die beste Altersvorsorge. Wer Eigenheimbesitzer durch Erbschaftsteuer und Heizungsverbot enteignet, schürt Altersarmut und Wohnungsnot. Deshalb sagen wir Nein zum Heizungsgesetz und Nein zur Erbschaftsteuer aufs Elternhaus. Wenn sich insbesondere junge Familien den Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen möchten, wollen wir ihnen unter die Arme greifen statt sie als Staat zur Kasse zu bitten. Deshalb wollen wir die Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie senken. Außerdem sollen die privaten Haushalte leichter Darlehen für den Eigentumserwerb oder die energetische Sanierung einer selbstgenutzten Immobilie erhalten. Bauen wird immer teurer. Wir wollen in den nächsten fünf Jahren keine zusätzlichen Auflagen, die das Bauen in Deutschland weiter verteuern würden.
- 3. Belastungsmoratorium für Unternehmen:** Wir dürfen nicht zulassen, dass Deutschland technologisch und industriell abgehängt wird. Höchste Strompreise, überbordende Auflagen, ideologische Verbote und mangelnder politischer Rückhalt gefährden unseren Wohlstand nachhaltig. Wir wollen deshalb einen Belastungs-Check und fordern den Stopp sämtlicher Vorhaben, die Unternehmen mit

zusätzlicher Bürokratie, höheren Abgaben und Steuern oder höheren Standortkosten belasten. Zudem muss die Stromsteuer sofort auf das europäische notwendige Minimum gesenkt werden. Dadurch würde die gesamte deutsche Wirtschaft, vom Handwerksbetrieb bis zum Großkonzern, schnell und unbürokratisch bei den Energiekosten entlastet.

- 4. Hightech Agenda für Deutschland:** Wir stellen fest, dass Deutschland nur noch ein kurzes Zeitfenster hat, um bei Schlüsseltechnologien den Anschluss zu halten. Für die großen Missionen brauchen wir einen neuen Airbus-Moment: Der erste Quantenrechner, der erste Kernfusionsreaktor, die erste europäische KI – wir wollen, dass auf diesen Innovationen „Made in Germany“ steht. Mit einem Innovationsfonds wollen wir dazu eine Hightech Agenda für Deutschland auflegen, finanziert aus öffentlichen Mitteln und privatem Kapital. Außerdem sind wir überzeugt: Die Verbrenner-Technologie beim Auto hat mit sauberen synthetischen Kraftstoffen wie E-Fuels und CO₂-neutralen Kraftstoffen weiter Zukunft und bleibt ein wichtiger Baustein unserer Innovationsführerschaft beim Automobil. Wir wollen deshalb das Auto mit Verbrenner verbessern statt verbieten. Wir setzen uns dafür ein, dass Verbrenner mit synthetischen Kraftstoffen weiterfahren dürfen und der saubere Verbrennungsmotor in Deutschland weiter entwickelt wird.
- 5. Energieversorgung gesetzlich sichern:** Wir wissen, Deutschland ist durch die Sparsamkeit der Verbraucher auch mit viel Glück über den letzten Winter gekommen. Zum Dank hat uns die Ampel mit dem ideologischen Ausstieg aus der Kernkraft in neue Abhängigkeiten bei der Stromversorgung geführt und setzt nun wieder verstärkt auf Kohle. Wir müssen daher das Energiesicherungsgesetz neu aufsetzen, damit die Potenziale der Energieerzeugung in Deutschland gesichert und alle Optionen zur Energiegewinnung genutzt werden. Wir sagen Ja zu Erneuerbaren, aber Nein zu grüner Ideologie.
- 6. Klimaschutz statt Klimakleber:** Wir sind für Klimaschutz mit Vernunft und Augenmaß. Wir sind uns einig, dass Klimaschutz Generationenverantwortung ist. Gerade deshalb gilt: Klimaschutz darf weder zu De-Industrialisierung führen, noch das gesellschaftliche Klima vergiften und erst recht nicht Eigentum gefährden. Wir wollen, dass Klimaschutz vorrangig über marktwirtschaftliche Anreize statt über gesetzliche Verbote funktioniert. Wir wollen die Menschen mitnehmen und nicht gegen sie

regulieren. Wir verstehen eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik, eine umsichtige Energiepolitik und eine an den internationalen Vereinbarungen orientierte Klimapolitik als Einheit, nicht als Gegensatz.

- 7. Fachkräftezuwanderung statt unkontrollierte Migration:** Wir sehen unser Land gerade vor Ort in den Kommunen an der absoluten Belastungsgrenze. Das sind die unmittelbaren Folgen der Migrationspolitik der Ampel. Wir wollen unsere Kommunen vor Überlastung schützen und unser Land integrationsfähig halten, damit wir denjenigen, die unseren Schutz brauchen, auch helfen können. Das geht nur durch eine deutliche Verringerung illegaler Migration. Solange die Außengrenzen Europas nicht wirksam geschützt sind, müssen wir unsere nationalen Grenzen schützen. Zur grundlegenden Umsteuerung in der Migrationspolitik gehört auch die Stärkung gezielter Fachkräftezuwanderung. Wir wollen, dass die kommen, die wir brauchen. Es ist fatal, dass man nach Deutschland faktisch leichter ohne Pass als mit Master einreisen kann. Die Visaverfahren in den deutschen Auslandsvertretungen müssen deshalb grundlegend überarbeitet werden. Wir schlagen ein digitales Verfahren auf einer einheitlichen Plattform vor für die Einwanderung in unseren Arbeitsmarkt und die strikte Trennung von den Asylverfahren. Die Absenkung der Anforderungen an die Zuwanderung von Fachkräften sind das grundfalsche Signal der Ampel und müssen korrigiert werden.

Auch die Pläne der Ampel zur Reform der Staatsbürgerschaft gehen in die falsche Richtung. Die deutsche Staatsbürgerschaft muss am Ende eines Integrationsprozesses stehen, nicht am Anfang. Bloße Aufenthaltsdauer darf kein Kriterium sein. Das Erlangen der deutschen Staatsbürgerschaft muss auch künftig daran geknüpft sein, dass die Einwanderer ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten, sich rechtstreu verhalten und über angemessene Deutschkenntnisse verfügen.

- 8. Null-Toleranz gegenüber Kriminellen:** Wir wollen nicht zulassen, dass Stadtviertel und Regionen zu rechtsfreien Räumen werden, in denen Kriminalität und Clan-Strukturen den Rechtsstaat angreifen und aushebeln. Wir sagen Clan-Kriminalität den Kampf an: Wir wollen Sofort-Ausweisungen für ausländische Clan-Mitglieder. Für Clan-Mitglieder mit deutschem Pass fordern wir, bei begründetem Verdacht der Vorbereitung weiterer Straftaten, die Präventivhaft auszuweiten. Außerdem setzen

wir uns dafür ein, dass unsere Ermittler alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten bekommen, um gegen die digitale Verbreitung kinderpornografischen Materials vorzugehen. Dazu gehört insbesondere die digitale Spurensicherung, unter anderem durch die Speicherung von IP-Adressen, die jüngst durch den EuGH als rechtlich zulässig bewertet wurde. Kinderschänder haben kein Recht auf Privatsphäre.

9. Frauen besser vor Gewalt schützen: Wir wollen ein Frauensicherheits-Paket und deutlich härter gegen Gewalt gegen Frauen vorgehen. Dafür wollen wir eine Fußfessel einführen, um Gewalttäter digital zu überwachen und Verstöße gegen Näherungsverbote zu verhindern. Außerdem wollen wir Frauenhäuser deutlich stärker fördern und die Kapazitäten ausbauen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass geschlechterspezifische Gewalt härter bestraft und verfolgt wird. Geschlechtergerechtigkeit beginnt bei der Sicherheit und einer Innenpolitik, die konkret handelt.

10. Umsteuern in der Verteidigungspolitik: Wir müssen abwehrbereit sein, in Deutschland, in Europa, in der NATO. Deshalb muss der Verteidigungsetat des Bundes neben den 100 Milliarden Euro des Sondervermögens Bundeswehr ab sofort und dauerhaft auf mindestens 2 % unseres BIP angehoben werden, so, wie der Bundeskanzler es im Deutschen Bundestag versprochen hat. Wir setzen uns ein für ein NATO-Rüstungsabkommen. Die NATO-Staaten untereinander sollen sich freimachen von Vorschriften des Rüstungsexports oder des Vergaberechts. Ein Verteidigungsbündnis darf nicht an Verwaltungsbürokratie scheitern.

Mit diesen Entscheidungen können wir den Menschen in Deutschland wieder mehr Vertrauen in unsere Demokratie und mehr Rechtssicherheit in unserem Staat geben. Wir stellen uns der politischen Diskussion auf allen politischen Ebenen. Aber wir lassen nicht zu, dass sich rechtschaffende Bürgerinnen und Bürger unseres Landes fragen müssen, ob sie ihre Meinung noch äußern können, ohne dafür diskreditiert zu werden. Wir wehren uns gegen eine moralisch überhöhte Einengung des öffentlichen Diskurses. Nicht Kommentarspalten, Ideologien oder Moralvorstellungen sind Maßstab für die individuelle Freiheit, sondern einzig und allein unser Grundgesetz. Haltung zu zeigen heißt, Themen zu diskutieren statt Wählerinnen und Wähler zu diffamieren. Freiheit ist nicht rechts oder links, echte Freiheit gibt es nur im ganzen Spektrum unserer Verfassungsordnung.